

Antrag Nr.

**Gemeinsamer Antrag der
SPD-Fraktion
Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Essen**

14. April 2010

Herrn Oberbürgermeister
Reinhard Paß

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Zuständigkeiten

Rat der Stadt	28. April 2010	Entscheidung
---------------	----------------	--------------

TOP. Resolution: Befreiung der Kleingärten von Straßenausbaubehörden

Sehr geehrter Herr Paß,

die Ratsfraktionen der SPD und DIE LINKE stellen zum oben genannten Tagesordnungspunkt folgenden Antrag zur Abstimmung:

1. Nach dem Bundeskleingartengesetz und dem Kommunalabgabengesetz NRW können Kleingartenanlagen und deren Pächter zu Straßenausbaubeiträgen herangezogen werden. Dadurch entstehen neben der Jahrespacht zusätzliche Belastungen der Kleingartenpächter und die Gefahr, dass Kleingärten aus finanziellen Gründen aufgegeben werden müssen.

Der Rat der Stadt Essen fordert deshalb den Landtag von Nordrhein-Westfalen auf, das Kommunalabgabengesetz des Landes so zu ändern, dass Kleingärtner keine Straßenausbaubeiträge mehr zahlen müssen.

2. Bis zur Umsetzung einer entsprechenden Gesetzesänderung wird die Verwaltung beauftragt, Straßenausbaubeiträge zu stunden oder durch andere geeignete Maßnahmen zu verhindern, dass Kleingartenparzellen wegen der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen aufgegeben werden müssen.

Begründung:

Das Bundeskleingartengesetz von 1994 ermöglicht die Erhebung von Anliegerbeiträgen von Kleingärtnern, lässt aber gleichzeitig den Verzicht durch eine Landesregelung zu. Die Beiträge können gestundet werden, solange die betroffenen Grundstücke kleingärtnerisch genutzt werden. Entsprechende Regelungen haben u.a. die Bundesländer Berlin, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt eingeführt, das Land NRW bisher nicht. Gerade in Essen besteht aktueller Handlungsbedarf.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Fresen

Hans Peter Leymann-Kurtz